

Von Gemeinderat Dominic Weiss



Waldkindergarten wäre Bereicherung für Sontheim

Um das Kindergartenangebot in unserer Gemeinde zu erweitern, hat die SPD-Fraktion schon vor geraumer Zeit die Einrichtung einer Waldkindergartengruppe angestoßen.

Und so langsam nimmt dieses Vorhaben Fahrt auf. Bereits am 30. 9. 2020 hat sich eine von der Verwaltung einberufene „Arbeitsgruppe Gesamtkonzeption Kindertagesbetreuung“ mit Vertretern der Verwaltung, des Gemeinderats, der kirchlichen Träger

und des Landratsamtes zu einer ersten Sitzung getroffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Ergänzend hierzu hat unsere Fraktion deshalb am 11. 10. 2020 zu einer Radtour eingeladen, bei welcher mögliche Standorte im gesamten Gemeindegebiet angefahren wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde mit den teilnehmenden Bürgern und Fraktionsmitgliedern jeweils das Pro und Contra der einzelnen Standorte diskutiert. Hierbei haben sich zwei Standorte als besonders geeignet herausgestellt. Diese wurden in der Gemeinderatssitzung am 20. 10. 2020 der Verwaltung mit der Bitte vorgeschlagen, noch in diesem Jahr eine weichenstellende Abstimmung auf die Tagesordnung zu nehmen. Unser Ziel



Oben der Waldkindergarten „Maienkäfer“ e. V. in Herbrechtingen. Unten und rechts der Montessori-Kindergarten Gundelfingen. Die Fotos wurden im März 2020 bei einer Besichtigungstour von Gemeinderäten und interessierten Eltern gemacht. Fotos: W. Mähler



ist es, so schnell wie möglich mit den konkreten Planungen und Maßnahmen für die Einrichtung eines Waldkindergartens zu beginnen, damit dieser nicht erst im September 2021 bzw. im Herbst nächsten Jahres starten kann. Es wäre erstrebenswert, bereits im Frühjahr/Sommer des nächsten Jahres mit dem Betrieb zu starten, damit sich sowohl die Kinder als auch das pädagogische Personal bei angenehmen Temperaturen eingewöhnen können, um dann routiniert in die kalte Jahreszeit zu starten. Wir dürfen gespannt sein, ob die Verwaltung unser Vorhaben insofern unterstützt und eine zügige Abstimmung und anschließende Umsetzung dieser Bereicherung für unsere Gemeinde stattfinden kann.

Von Gemeinderätin Elisabeth Lahmeyer

Weihnachtsbeleuchtung für die Hauptstraße



Vom HGV Sontheim kam die Idee und der Wunsch, eine Weihnachtsbeleuchtung in der Hauptstraße zu installieren. Ab 1. Advent bis Heilige Drei Könige soll diese der Sontheimer Hauptstraße ein besonderes Flair verleihen. Dafür ist der HGV bereit, eine größere Summe zur Verfügung zu stellen. Im Haushalt der Gemeinde wurde eine Summe von 30.000 Euro bereitgestellt.

An einem kalten Oktoberabend wurde dem Gemeinderat und einigen Mitgliedern des HGV im Hof der Firma Konold ein auf einer Lampe montiertes Exemplar vorgestellt. Es handelt sich um eine Kugel mit Lichtergirlanden, die über die Straßenlampe gestülpt wird.



Die Begeisterung der Anwesenden hielt sich sehr in Grenzen. Als besonders störend wurde das Nebeneinander vom kalten Licht der Straßenlampe und dem warmen Licht der Girlanden empfunden. Auf Grund der Unzufriedenheit und der doch sehr hohen Kosten kam man zu dem Schluss, das Vorhaben noch einmal zu überdenken. Ich finde, man sollte sich mit verschiedenen, auch kostengünstigeren Möglichkeiten und Varianten befassen und dies bereits im Sommer.



Von Willi Häfele

Höchstgewinne begrenzen



Mitte Oktober 2020 hat eine Frau aus Baden-Württemberg im Lotto einen Rekordgewinn von 42.583.626 € steuerfrei ausbezahlt bekommen. Der bisherige Höchstgewinn betrug 37,7 Mio. €.

Nun bezweifle ich aber, ob es wirklich sinnvoll ist, einer einzigen Person eine solche Riesensumme von über 42 Mio. € zukommen zu lassen. Was fängt ein Mensch plötzlich mit so viel Geld an? Wäre es nicht weitaus besser, Lottogewinne auf einen Höchstbetrag von beispielsweise 2 Mio. € zu begrenzen? Damit könnte eine Person doch auch ein finanziell gesehen sorgenfreies Leben führen – und mit 42 Mio. € könnte man dann gleich 21 Lottospieler glücklich machen.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,



en Deutschland geit's bekanntlich ganz viele Schilder – em Straößaverkehr ond ao soscht em öffentlicha Raum. De moischte send wohl nötig, manche aber

ao et, ond oinige send a weng kurios.

Wenn ma beispielsweise von Stotzinga beim Gasthaus „Linde“ nach Soda abbiegt, fendet sich scho lang a Schild mit dr Entfernungs'gab: „**Sontheim 4 km**“. Fährt ma nao rond siebahondert Meter Richtung Soda, kommt henterm Kroisel a Schild mit dr Aufschrift: „**Sontheim 5 km**“. Dao sotta dia Straößabehörda dia boide Schilder endlich amaal vertauscha!



Bei dr B 492-Omleitung isch en Soda gegenüber dr Kreissparkass a Schild mit dr Ortsbezeichnung „**Gingen**“ aufgestellt worra. Des liegt bekanntlich an dr Fils em Krois Göppinga, ond so an Omweg will gwieß koiner fahra! S'isch scho schwach, wenn a zuständiga Behörde da Nama dr ehemalige stolza Reichsstadt „**Giengen an der Brenz**“ et richtig schreiba ka!

En Brenz hat oser Gmoid henter dr Schlossmühle an dr Brenz scho vor Jahren a gwieß et billigs, nobels Schild enstalliert mit am schier zongabrecherische Hinweis: „**Kanuanlegestelle**.“ Jetzt mag's ja bei de kanadische Indianer viele Kanus geba – aber auf dr Brenz hat dr Osian-der no koine gseha. Wenn ma auf des Schild oifach gschriebe hätt: „**Bootsanlegestelle**“, nao hättat dao ao Ruderboot, Paddelboot, Schlauchboot, Kajaks ond sonstige Wasserfahrzeug ohne schlechts Gwissa a'lega kenna. Aber zom Glück nemmat wohl de moischte Brenzbootfahrer des Schild et für bara Münze.



Leider isch en letschter Zeit dia Zahl dr Corona-Infizierte g'wältig g'stiega. Dass trotzdeam möglichst alle Sodamer, Brenzer ond Berger gsend über da Wenter ond ens nuie Jaohr kommat, wenscht ganz fest dr alt

Christian Fussenecker

Fotos: Christian Fussenecker

Von Gemeinderat Dominic Weiss Sitzung vom 21.7.2020

Der geplante Aufzug für die Sontheimer Schule wurde dem Gemeinderat vorgestellt. Die Vergabe für die Mensaverpflegung wurde abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen.

Die Ingenieurleistungen für das Baugebiet „Weiherbraike II“ wurden mit mehrheitlichem Beschluss an das G+H Ingenieurteam aus Niederstotzingen vergeben. Das Honorar beträgt 35.850 €.

Kämmerer Andreas Schmid legte die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 des Kernhaushalts der Gemeinde und den Entwurf des Zahlenwerks des Haushaltsplans 2020 vor.

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat

Sitzung vom 22.9.2020

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, den Antrag zur Aufnahme des Sanierungsgebiets „Gruiben“ in das Programm für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung beim Regierungspräsidium Stuttgart für das Jahr 2021 zu stellen. Mit mehrheitlichem Beschluss entschied sich der Gemeinderat zur Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Burgberger Straße in Bergenweiler. Die Kosten hierfür werden sich auf etwa 1.500 € belaufen.

Die Straßensanierung in der Luitprandstraße wurde einstimmig beschlossen. Die Kostenschätzung des Ingenieurbüros Gansloser für die Straßenbauarbeiten belaufen sich auf 170.610,30 € (brutto). Dazu kommen noch die Kosten für Kanal- und Wasserleitung.

Im Baugebiet „Watzelsdorfer Straße II“ wurde der Verkauf von zehn Bauplätzen beschlossen. Ebenfalls in dieser Sitzung wurde der zugehörige Straßename mit mehrheitlichem Beschluss festgelegt. Parallel zur Watzelsdorfer Straße verläuft nun der Veltliner Weg.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 wurde einstimmig verabschiedet.

Sitzung vom 20.10.2020

Zum Thema „Ausbau des 5G-Netzes“ referierte Herr Walter Berner, Abteilungsleiter Technik in der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg. Um der Brisanz dieses Themas gerecht zu werden, sollen in nächster Zeit weitere Referenten zu diesem Thema gehört werden.

Der Gemeinderat hat die Anschaffung von vier neuen solarbetriebenen Geschwindigkeitsanzeigeanlagen (eine Ersatzbeschaffung inkludiert) einstimmig beschlossen. Der Anschaffungspreis pro Anlage beträgt ca. 3.200 € (brutto).



Vom Fraktionsvorsitzenden Reiner Lindenmayer

Neues Sanierungsgebiet in unserer Gemeinde



Mit Abschluss der Städtebaulichen Maßnahmen im nördlichen Bereich der Hauptstraße in Sontheim im Jahr 2019 war für unsere Fraktion klar und selbstverständlich, dass dieses Konzept auch im südlichen Bereich der Hauptstraße fortgesetzt werden muss.

Mit der nun getroffenen Entscheidung in der Sitzung des Gemeinderates vom 22. Sept. 2020 wurde die Firma STEG (Stadtentwicklung GmbH) beauftragt, alle vorbereiteten Maßnahmen zu treffen und einen Antrag zu formulieren, damit unsere Gemeinde und damit die südliche Hauptstraße (Gruiben) in das Programm für städtebauliche Erneuerung und Entwicklung beim Regierungspräsidium Stuttgart aufgenommen wird.

Das bislang vorgesehene und angedachte Sanierungsgebiet umfasst den restlichen Bereich der Hauptstraße ab der Brunnengasse sowie die Schwarzenwanger Straße, einen Teilbereich der Heuhofstraße und der Gundelfinger Straße. Damit weist dieses zu überplanende Gebiet eine Größe von ca. 10,65 ha auf.

Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen wurden und werden dabei die Gebäude, deren Nutzung und ihr Zustand bewertet, um eine realistische Kosteneinschätzung vornehmen zu können. Geplant und vom Gemeinderat bislang gebilligt sind dabei Kosten für:

- Grunderwerb ca. 250.000 Euro
- Freilegung von Grundstücken 500.000 Euro
- Abbruch/Verlagerung Bauhof 450.000 Euro
- Gestaltung/Erschließung von Haupt-/Gundelfinger-/Heuhofstraße/Am Bach/Schwarzenwangstraße ca. 1 Mio. Euro
- Private Baumaßnahmen, z.B. Erneuerung von Gebäuden (35 Maßnahmen zu je 30.000 Euro) ca. 1 Mio. Euro.

Der Finanzierungsbedarf umfasst damit rund 3,235 Mio. Euro. Dieser Gesamtbedarf wird zu 60 % vom Land Baden-Württemberg und zu 40 % von der Kommune getragen. Deshalb muss eine derartige Antragstellung fundiert ausgearbeitet und professionell vorbereitet werden. Nur so haben wir die Chance, in den Genuss eines weiteren Sanierungsgebietes zu kommen.

Die förmliche Festlegung des tatsächlichen Sanierungsgebietes wird nach all den vorzubereitenden Maßnahmen vom Gemeinderat im Jahr 2021 beschlossen. Dazu gehört es auch, eine so genannte Sanierungssatzung zu formulieren.

Das Sanierungsgebiet „Hauptstraße“ umfasste einen Zeitraum vom Jahr 2005 bis zur Abrechnung im Jahr 2019 von insgesamt 14 Jahren. Betrachten wir dieses Zeitfenster, erscheint die Überlegung über den örtlichen Bauhof und dessen Standort zumindest nachzudenken, in einem ganz anderen Licht.

In meinen Augen ist der Bauhof nicht auf der Prioritätenliste die Nr. 1. Da habe ich persönlich das Feuerwehrgerätehaus stehen. Aber auch darüber müssen wir uns Gedanken machen, wie dieser Bauhof mit seinen in die Jahre gekommenen Gebäuden zukunftsfähig gemacht wird.

Ich bin in jedem Fall guter Dinge, dass wir ein weiteres Sanierungsgebiet erhalten, welches für die privaten Anwohner und die Gemeinde zahlreiche gute Möglichkeiten der Modernisierung ergibt.

Von Raimund Kamm und Willi Häfele

Warum lief das AKW Gundremmingen mit voller Kraft, während benachbarte Windkraftwerke abgeschaltet wurden?



Am Sonntag, 4. Oktober 2020, wurden wieder einmal auch in Südbayern Windkraftwerke wegen negativer Strompreise an der Börse abgeschaltet. Zugleich lief das AKW Gundremmingen wohl ungebremst.

RWE hat in der Vergangenheit immer wieder behauptet, dass seine Atomkraftwerke gute Partner der Erneuerbaren Energien seien. Denn sie könnten flexibel laufen und dann gut Strom erzeugen, wenn Windkraft und Photovoltaik wenig produzierten.

Wäre das AKW Gundremmingen an diesem Sonntag nicht gelaufen, wären uns etwa 70 Kilogramm Atom- müll erspart geblieben. In diesen 70 Kilogramm steckt mehr Radioaktivität als im gesamten undichten Versuchsendlager Asse II.

Auch behindert die Atomkraft den Betrieb und den Ausbau der Windkraft. So wurden ab Sonntagvormittag (4. Okt.) Windkraftwerke in Südbayern abgeschaltet und nebenan lief das AKW Gundremmingen

nahezu mit voller Leistung weiter. Wenn das AKW Gundremmingen und die anderen deutschen AKW so flexibel wären, wie RWE behauptet, gäbe es kein Überangebot an der Strombörse und damit keine negativen Strompreise.

Zugleich wird deutschlandweit und speziell in Bayern der Windkraftausbau durch Schikanen gebremst. Vermutlich, um den Anbietern von Atom-, Gas- und Kohlestrom nicht die Preise zu verderben. Denn die neuen leistungsstarken Windkraftwerke können den Strom je nach Standort für 3,5 bis 5,5 Cent pro Kilowattstunde liefern. Dank anhaltender technischer Fortschritte sinken diese Preise weiter. Ähnliches gilt für große moderne Photovoltaik-Anlagen. Und im Verbund mit Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft sowie begleitet durch Lastmanagement, Netz- und Speicherausbau bieten die Erneuerbaren Energien auch Versorgungssicherheit.



Von Richard Fussenecker

Doppelmoral bei Endlagersuche für Atommüll



Viele Jahre lang haben Kernkraftgegner auf die Problematik des Atommülls hingewiesen. Da die radioaktiven Reste der atomaren Stromerzeugung über hunderttausende von Jahren gefährlich strahlen, war und ist es schwierig, für den ganzen bislang erzeugten Atommüll eine sichere Lagerstätte zu finden.

Nachdem der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland unmittelbar bevorsteht (Block C des Atomkraftwerkes in Gundremmingen wird Ende nächsten Jahren endlich abgeschaltet – und Ende 2022 geht das letzte AKW in Deutschland vom Netz), bleibt dieses Problem aber bestehen.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat nun ihre ersten Ergebnisse für mögliche Standorte eines Endlagers für Atommüll in Deutschland vorgestellt. Hierbei kam, wenig überraschend, heraus, dass ein großer Teil des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland dafür grundsätzlich geeignet sein könnte. Obwohl das noch gar nichts bezüglich eines tatsächlichen Standortes für ein Endlager zu sagen hat, haben sich bayrische Politiker schon mal höchst ungehalten zu den Ergebnissen geäußert. Es könne gar nicht angehen, dass in Bayern ein solches Endlager entstehen würde, hörte man von der CSU.

Dabei scheinen die Herren dort vergessen zu haben, dass ein nicht unerheblicher Teil des Atommülls in bayrischen Atomkraftwerken erzeugt wurde.

Die AKW-Betreiber und öffentliche Einrichtungen werden bis 2028 mit ca. 600.000 Kubikmetern Atommüll, davon über 10.000 Tonnen hoch radioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle (überwiegend von

abgebrannten Brennstäben der AKW), der Bevölkerung in Deutschland und der Menschheit eine höchst gefährliche Erblast überlassen.

Egal wo in Deutschland ein Endlager entstehen wird, es wird ein Risiko sein und eine Gefahr für die nächsten tausende von Generationen. Doch es ist keine Lösung, den strahlenden Müll möglichst weit weg zu bringen, damit andere das Risiko tragen müssen. Das ausschließliche Kriterium kann und darf nur sein, wo das geringste Risiko besteht, dass es zur Katastrophe kommt und die Radioaktivität austritt.

Natürlich wäre auch ich froh, wenn das nicht bei uns in der Nähe wäre; aber bereits jetzt schon mal auszuschließen, dass Bayern für ein Endlager in Frage kommt, ist verwerflich und zeigt die Doppelmoral der CSU. Gerne den Nutzen (sprich Steuereinnahmen usw.) in Anspruch nehmen, aber die Verantwortung und die Folgen sollen lieber andere übernehmen – das ist armselig.



Wohin mit dem Atommüll aus Gundremmingen?
Foto: G. Neumann

MdL Andreas Stoch besichtigte beispielhaftes Wohnprojekt



Ein ganz besonderes Wohnprojekt an der Ecke Niederstotzinger Straße/Finkenweg präsentierte Bürgermeister Kraut dem SPD-Landtagsabgeordneten und Chef von Landespartei und Landtagsfraktion bei dessen Besuch in unserer Gemeinde.

„In den 22 Wohneinheiten sollen bis Ende des Jahres ca. 32 bis 37 Personen mit oder ohne Handicap gemeinsam leben“, berichtete Planer Jürgen Markel dem Abgeordneten. Die Betonung liegt dabei ausdrücklich auf gemeinsam, denn das Wohnprojekt am „Schafbäumle“ bietet nicht nur barrierearme Wohnungen, sondern zusätzlich auch einen großen Gemeinschaftsraum und eine großzügige Gartenanlage zur gemeinschaftlichen Nutzung. „Die Menschen sollen hier das Gefühl haben, als lebten sie in ihrem eigenen Haus“, unterstrich Markel, der außerdem auf die stark ökologische Bauweise verwies.

Andreas Stoch zeigte sich begeistert von dem Konzept, weil es gerade die Menschen anspricht, die es immer schwerer haben, auf dem Wohnungsmarkt etwas Passendes und vor allem auch Bezahlbare zu finden. „Wenn ich in den Kommunen unterwegs bin, erfahre ich oft zuerst, wie viele Neubaugebiete erschlossen werden. Meist geht es hierbei um Bauplätze für Einfamilienhäuser. Das ist sehr gut, aber wir dürfen die Menschen nicht vergessen, die sich ein Haus einfach nicht leisten können oder im Alter auch nicht mehr leisten wollen“, so Stoch. Das ist genau die Zielgruppe der „Ich, Du & Wir GmbH“: Alleinerziehende, junge Pärchen, ältere Menschen und generell Menschen mit und ohne Behinderung. Die private Investorengruppe, die aus engagierten Menschen aus der Um-

gebung besteht, möchte, dass ein inklusives Miteinander zum Normalzustand unserer Gesellschaft wird. „Das geht aber nur, wenn wir die Möglichkeiten dazu vor Ort gestalten“, so der ID&W-Geschäftsführer Florian Markel.



Das fast fertige Wohnprojekt am „Schafbäumle“.
Foto: C. Koller

Dieses Projekt soll nicht nur das gemeinschaftliche Zusammenleben innerhalb der Wohnanlage fördern, sondern auch den Austausch mit der gesamten Gemeinde. „Es zeigt beispielhaft, wie integratives Wohnen aussehen kann“, lobte Stoch das Projekt, das gerade mit dem Inklusionspreis des Landkreises ausgezeichnet wurde. „Es bietet hier den Menschen mit Handicap vor Ort so viel Schutz wie nötig und so viel Freiheit wie möglich.“



Von Gemeinderat Armin Schweigardt

Teure E-Bike-Ladestationen ohne Gemeinderatsbeschluss



Mit großer Verwunderung mussten wir Mitglieder der SPD-Fraktion neulich feststellen, dass in Bergenweiler beim Wasserspielplatz und in Brenz unterhalb des Schlosses E-Bike-Ladestationen errichtet wurden. Und zwar genau die, über die wir hier im „andre Blättle“ vom April 2020 kontrovers berichtet hatten.

Zur Erinnerung: Der Gemeinderat sollte in der Sitzung am 18. 2. 2020 die Beschaffung und Installation der über das LEADER-Programm der Europäischen Union mit bis zu 75% geförderten Ladestationen beschließen. Nach Vorlage der Gemeindeverwaltung sollte die Gesamtinvestition fast 28.000 € betragen. Aufgrund unseres vehementen Widerspruchs konnten wir auch die anderen Fraktionen dazu bewegen, diesem so nicht zuzustimmen.

Auch wenn die Kosten für die Gemeinde auf Grund des hohen Zuschusses noch überschaubar sind, sehen und sahen wir darin eine massive Steuerverschwendung. Deshalb beschloss der Gemeinderat Fördergelder zu beantragen, da man die Idee der E-Bike-Ladestationen ja grundsätzlich nicht schlecht findet. Gleichzeitig beantragten wir, nach günstigeren Alternativen zu den vorgestellten, unserer Ansicht nach völlig überbeuerten, ENBW-Boxen zu suchen.

Umso größer ist nun unser Erstaunen, hier von der Verwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, da es dafür keinen Gemeinderatsbeschluss gibt. Auf unsere Nachfrage in einer Gemeinderatssitzung an Bürgermeister Kraut wurden wir an Hauptamtsleiter Hofman verwiesen.

Dieser legte uns dann in einer Mail dar, dass sich die Kosten in etwa halbiert hätten und der Zuschuss von 75% auf 80% erhöht wurde. Die Eigenbeteiligung der Gemeinde belief sich inklusive der Eigenleistung des Bauhofs auf ca. 5.000 € anstatt der ursprünglich veranschlagten 10.410 €. **Unterm Strich bleiben aber nach wie vor fast 15.000 € Steuer-gelder, die für sechs (!) Steckdosen ohne klaren Beschluss des Gemeinderates ausgegeben wurden. Ein Unding!** Erstaunlich ist auch, dass die von uns als völlig überbeuert erachteten zwei ENBW-Boxen auf einmal statt 15.210 € jetzt nur noch 8.456,40 € (also 45% weniger) gekostet haben. Hier lagen wir mit unserer Vermutung also völlig richtig.

Da uns weder die Gemeinde noch die Zentralstelle für Freizeit und Tourismus im Landratsamt Heidenheim, die das Förderprogramm Leader betreut, ein zweites Angebot vorlegen konnten, um hier Transparenz zu bekommen und den kommunalen Vorschriften gerecht zu werden, ist dieses Thema für uns noch nicht beendet. Auch wenn der Stichtag zum Beantragen des Zuschusses zum Handeln drängte, hätte man sich vom Gemeinderat zumindest mit einem Umlaufbeschluss die Legitimität für das Projekt einholen müssen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Boxen wenigstens häufig benutzt werden und dazu beitragen, den durchfahrenden Radlern eine Freude zu machen und unserem Ort zu einem guten Image zu verhelfen.

Wie gefährlich ist 5 G?



5G in Sontheim. Was ist das? – 5G steht für die 5. Generation Mobilfunk und der damit verbundenen Möglichkeit der vollständigen Digitalisierung aller Lebensbereiche. Eine tolle Sache, ohne die unsere Gesellschaft keinerlei Zukunftschancen hat – zumindest wenn man Politikern, Parteien und allen voran den Medien Wofür wird 5G benötigt?

5G wird den allermeisten privaten Nutzern im „normalen“ Leben wenig entscheidende Vorteile gegenüber dem aktuellen 4G / LTE-Netz bringen, abgesehen von dem ruckelfreien Videochat mit Oma oder dem noch schnelleren Download von Pornos. Von 5G profitieren die entsprechenden Netzbetreiber, Hersteller von benötigten Endgeräten, aber auch Industrie, Wirtschaft und Technologien mit erhöhtem Netzbedarf, bspw. wenn es um selbstfahrende Autos geht.

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass dieser Artikel sich nicht gegen den Fortschritt richtet. Es soll jedoch aufmerksam gemacht werden, zu welchem Preis dieser vorangetrieben und auf wessen Schultern die Profitgier ausgetragen wird. Denn wird ein etwas tieferer Blick in das Thema geworfen, könnten in dem wachsenden und mündigen Bürger Bedenken aufkommen, die in Werbung und Propaganda totgeschwiegen werden. Bedenken, die sich vor allem um das Thema Mensch, Natur und Gesundheit drehen.

Der technische Treibstoff für dieses funkende Wundernetz sind Mikrowellen, die aufgrund ihrer Frequenz das Zehn- bis Hundertfache an Feldstärke im Vergleich zur bisherigen Sendeleistung erreichen. Hinzu kommt, dass Mikrowellen eine relativ kurze Reichweite (< 400 m) haben und deswegen schon bald viele weitere Antennen benötigt werden. Diese Antennen müssen nicht unbedingt in Sendemasten verbaut sein, hier kommt im Grunde jede Straßenlampe, Ampel oder jedes Verkehrsschild in Frage. Grundsätzlich eine interessante Sache, wären da nicht die wissenschaftlich unbestreitbaren Belege, dass Mikrowellen in lebenden Organismen einschneidende Veränderungen auslösen, was in aller Regel

zur Entstehung und Verstärkung von Krankheiten – allen voran Krebs – führt. Besonders gefährdet sind Kinder jeglichen Alters.

Was hat das mit Sontheim zu tun?

In Sontheim wurde im Lauf des Sommers von der Telekom ein 5G-Mast aufgestellt. Der Standort befindet sich unmittelbar neben dem bisherigen (4G-) Sendemast in der Umlandstraße. Auf Nachfrage wussten darüber weder Bürgermeister, Gemeinderat noch sonstige Funktionäre Bescheid. Auf Drängen der SPD-Fraktion beschäftigten sich Bürgermeister und Bürgerversorger mit dem Thema und setzten einen Tagesordnungspunkt in der teilweise öffentlichen Gemeinderatssitzung vom Oktober 2020 an. Der geladene Gastredner zu diesem Thema machte aus der gegebenen Plattform eine Werbeveranstaltung für 5G.

Bedenklich ist, dass bei diesem Thema von offizieller Seite aus offenbar bewusst nicht informiert wird, um möglichst ohne öffentliche Aufmerksamkeit eine zweifelhafte Technologie zu installieren. Außerdem ist bedenklich, dass Informationen nur ganz vereinzelt aus der Lokalpresse kommen und offenbar im Ort noch wenig Interesse daran besteht, die Situation zu verbessern. Vielleicht kann dieser Artikel einige Menschen anstoßen, sich Gedanken zu machen. Dazu eine Randnotiz: Das Sontheimer Kinderhaus ist nur etwas mehr als 400 m vom neuen Sendemast entfernt.

Möchte sich Sontheim das wirklich gefallen lassen? Es gibt Möglichkeiten, diese neue Technologie aus dem Ort zu verbannen. Beispiele aus anderen Gemeinden und Städten zeigen dies. In Kicklingen und Freiburg wurden bspw. durch Bürgerinitiativen die 5G-Masten aus dem Ort verbannt.

Wie weit geht die persönliche Freiheit?



Wie sich gerade im Jahr 2020 mit der Corona-Pandemie in Deutschland wieder zeigt, gibt es leider viele Menschen, denen das Wohl der Gesellschaft ziemlich gleichgültig ist. Wichtig finden sie eigentlich nur ihr eigenes Wohlergehen. Jede mögliche Einschränkung lehnen diese Zeitgenossen ab, sie verstehen sie sogar als Angriff auf ihre Freiheit und akzeptieren nicht einmal den kleinsten Verzicht. Es gibt neben den Corona-Maßnahmen auch andere aktuelle Beispiele, bei denen einem eine solche Haltung begegnet:

- Ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen (wie in anderen Ländern längst üblich) zum Schutz des Klimas und der Minderung von Unfallrisiken? – „Nein, danke! Ich will auf der Autobahn rasen, so oft es geht!“
- Verzicht auf „Hamsterkäufe“, damit es für alle reicht? „Hauptsache, ich kriege, was ich will!“

- Einen vegetarischen Tag in der Woche zum Schutz von Tieren, der Umwelt bzw. der Gesundheit? – „Geht's noch? Mein Fleisch lasse ich mir nicht nehmen!“
- Daheim bleiben wegen der Ansteckungsgefahr, Masken tragen und Abstand halten? – „Ohne mich! Ich lasse mir nichts verbieten oder vorschreiben!“

Besonders in Krisenzeiten, wo es am meisten auf Zusammenhalt ankommt, wird deutlich, dass das Hoffen auf Einsicht und Appelle an die Vernunft nur bedingt nutzen. Es ist bedauerlich, dass deshalb Verbote und Ausgangssperren erlassen werden müssen.

Das, was viele Menschen für ihre persönliche Freiheit halten, ist nichts Anderes als Egoismus.

Ärztliche Versorgung lässt zu wünschen übrig

Seit Jahren beschäftigt sich unser Gemeinderat einmal mehr und einmal weniger mit dem Thema „Ärztliche Versorgung“ in Sontheim.

In der einen Sitzung wird darüber öffentlich diskutiert, dann kommt dieses Thema in einer anderen Sitzung nichtöffentlich zu Sprache. Letztendlich gingen die Jahre ins Land. Im Brenztal, einschließlich Niederstotzingen, entstehen Ärzthäuser mit kompetenten Ärzten und freundlichen Mitarbeitern und in Sontheim: Großes Fragezeichen!

Letztendlich sind wir alle froh, noch eine Praxis in Sontheim zu haben. Aber – und da sind wir uns (zumindest in unserer Fraktion) einig: Eine Ergänzung zu dem bestehenden Angebot tut not.

Unsere Verwaltungsspitze fühlte sich offensichtlich in der Vergangenheit da nicht so richtig angesprochen, wenn es darum ging, initiativ zu werden. Zumindest haben wir als Gemeinderäte bislang keine Erfolgsmeldungen im Sinne ergänzender ärztlicher Versorgung erhalten.

Da dieses Thema bei Leibe nicht nur uns auf der Seele brennt und wir (berechtigterweise) als gewählte Vertreter unzählige Rückmeldungen erhalten, dass hier

endlich etwas geschehen muss, wurde die SPD-Fraktion aktiv.

In der Sitzung vom 22. Sept. 2020 wurde Herr Bürgermeister Kraut von unserer Fraktion deshalb ultimativ aufgefordert, bis zur letzten Sitzung im Dezember 2020 eine Strategie bzw. Ideen zu entwickeln, um diesem berechtigten Bedürfnis der Bürgerschaft nach einer vollumfänglichen ärztlichen Versorgung ein Stück näher zu kommen.

Von Seiten aller Beteiligten, insbesondere auch von den Fraktionsvorsitzenden, wurde dabei signalisiert, dass wir uns sehr gerne, auch bei zusätzlich nötig werdenden Terminen, in diese Sache aktiv einbringen würden. Bis Mitte November 2020 gab es leider keine Rückmeldung.

Es soll mir wirklich recht sein, wenn hinter den Kulissen bereits Gespräche und Ideen entwickelt werden. Aber so langsam muss der Chef in die Gänge kommen und Ergebnisse liefern und nicht nur „Absichts“-Erklärungen.

Der Termin im Dezember 2020 steht!



MdL Andreas Stoch besuchte Sontheimer Schule

Wie soll Schule funktionieren – im neuen Schuljahr und trotz Corona? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Besuchs von SPD-Landes- und Fraktionschef Andreas Stoch in der GWRRS

Mit dem Abgeordneten informierte sich auch Bürgermeister Matthias Kraut bei Schulleiter Rainer Schulz und Konrektorin Sabine Malisi, die auch in den Sommerferien genug zu tun hatten.

„Wir mussten von 0 auf 100 unsere Schule vollkommen neu denken und organisieren“, so Schulz, der sowohl für seine Lehrkräfte als auch für die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern großes Lob parat hatte: „Alle haben sich mächtig ins Zeug gelegt, diese große Herausforderung zu meistern.“

Dabei habe man für die GWRRS

Sontheim eine digitale Cloud-Lösung gefunden. Die meisten Schüler wurden so gut erreicht. Konrektorin Malisi, die schwerpunktmäßig für die Grundschule verantwortlich ist, bestätigt das Engagement der Lehrkräfte, die ihren Schülern teils auch persönlich die Aufgaben bis an die Haustür brachten. Problematisch seien allerdings die nicht durchgehend schnelle Internetversorgung im Ort und die nicht immer ausreichende Ausstattung mit Hard- und Software in den Familien. Stoch verwies hier auf den Digitalpakt des Bundes, der dafür Geld zur Verfügung stellt. „Das Geld muss nun zügig raus“, forderte er. Die vom Kultusministerium geforderten Medienentwicklungspläne sollten nachgereicht werden können. „Es muss eine Mischung aus

Präsenz und digitalem Unterricht etabliert werden“, sagte der frühere Kultusminister.

Mit der Lehrerversorgung für das neue Schuljahr ist der Schulleiter insgesamt zufrieden. Bis auf eine Lehrkraft seien alle wieder an der Schule präsent. Auch für die „Lernbrücke“ in den beiden letzten Ferienwochen habe man Lehrkräfte gefunden. Stoch bezweifelte allerdings, dass eine zweiwöchige Nachhilfe reicht, um das Versäumte von Monaten nachzuholen. Er und seine Fraktion im Landtag fordern ein spezielles Budget für Schulen,

das ihnen eine ganzjährige Nachhilfe ermöglicht.

Nicht immer zufrieden war man in Sontheim mit der Kommunikations- und Informationspolitik des Kultusministeriums. „Krisenmanagement muss vor allem für Akzeptanz bei den Betroffenen sorgen. Dafür müssen wir Tag für Tag vor Ort werben“, so Schulz. Es brauche daher klare Regelungen. Unterschiedliche Vorgaben zur Maskenpflicht in der Grundschule und der Sekundarstufe seien in der Schulgemeinschaft einer Verbundschule nur schwer vermittel- und umsetzbar. „Gute Kommunikation ist generell ein Problem der Landesregierung“, meinte Stoch, der die Ursache nicht zuletzt in der Uneinigkeit der Koalitionspartner sieht.



Gedanken zum Kanzlerkandidaten Olaf Scholz



Unsere SPD hat für die Bundestagswahl im nächsten Jahr frühzeitig den Spitzenkandidaten gewählt. Mit Olaf Scholz wird ein erfahrener und erfolgreicher Kandidat in die Bundestagswahl geschickt, der einen großen Rückhalt und breite Unterstützung der Partei hat.

Ich halte sowohl den Zeitpunkt als auch den Kandidaten für eine gute Wahl und hoffe, dass die gute Arbeit, die unsere SPD-Mandatsträger in der großen Koalition leisten, auch mit einem guten Abschneiden bei der Wahl honoriert wird.



Kanzlerkandidat, Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz.
Foto: © Thomas Trutschel / Photothek / www.spd.de

Was mir allerdings nicht gefällt, ist die Forderung nach höheren Steuern für sogenannte Reiche, die Olaf Scholz kurz nach seiner Wahl zum Spitzenkandidat der SPD geäußert hat. Zum einen werden hier Einkommensgrenzen ins Auge gefasst, die mit Reichtum gar nichts zu tun haben, zum anderen scheint vergessen zu werden, dass diese Einkommen bereits höhere Steuern zahlen als die niedrigeren Einkommen – schon allein deshalb, weil die Einkommenssteuer einer Progression unterliegt. Das bedeutet, dass die höheren Einkommen überproportionale Steuern bezahlen.

Ich würde mir wünschen, dass sich die SPD und ihr Spitzenkandidat auf die Herausforderungen besinnen, die heute aktuell sind. Mit Konzepten aus der Vergangenheit – und als solches sehe ich die Reichensteuer an – werden keine aktuellen Probleme gelöst werden können. Es gibt so viele gute Dinge, die von der SPD in der großen Koalition auf den Weg gebracht wurden. Beispiele dafür gibt es genügend. So hat die SPD durchgesetzt, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder gleich viel in die Krankenversicherung zahlen, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt wurde, der Soli für den Großteil der Beschäftigten entfallen ist, das Kindergeld erhöht wurde, eine Grundrente eingeführt wurde und vieles mehr. Das sind die richtigen Maßnahmen und Konzepte – da braucht es keine Reichensteuer.



MdL Andreas Stoch zum Nachtragshaushalt der Landesregierung:

„Menschen helfen, statt grün-schwarze Lieblingsprojekte finanzieren“



Es ist richtig und notwendig, jetzt viel Geld in die Hand zu nehmen, denn Baden-Württemberg steht vor besonders vielen Herausforderungen und hat besonders viel zu verlieren. Aber das geht nicht so, wie Grüne und CDU es jetzt vorhaben. Kritisch ist vor allem, dass die Landesregierung beim Nachtragshaushalt wichtige rechtliche Regeln nicht eingehalten hat. Auch wenn eine Neuverschuldung am Ende unumgänglich ist, zuerst muss im bestehenden Haushalt nach Mitteln gesucht werden. Das Land sitzt auf einem Rekord von 6,4 Milliarden Euro an Haushaltsresten, von denen viele nicht rechtlich gebunden sind.

Zweifelhaft ist zudem, dass Grün-Schwarz weiterhin auf den Ausnahmezustand der Naturkatastrophe setzt, der ausschließlich als Soforthilfe gedacht ist. Tatsächlich aber haben wir jetzt genau die Situation, in der die Schuldenbremse nur durch eine Zweidrittelmehrheit im Landtag gelöst werden kann. Diese Mehrheit wäre für dringend nötige Corona-Hilfen auch da, aber viele Haushaltsposten im Nachtrag haben wenig bis gar nichts mit Corona und seinen Folgen zu tun. So zum Beispiel die Hilfen für ForstBW. Bäume stecken sich nicht mit Covid19 an. Auch Biogasanlagen oder Schritte gegen die afrikanische Schweinepest sind keine Corona-Hilfen.

Es bleibt ein übles Geschmäckerle, dass hier manches politische Lieblingsprojekt finanziert werden soll – bequem und am Parlament vorbei – unter dem Deckmantel der Corona-Hilfe. Wir hatten schon einmal dubiose Nebenabsprachen in dieser Regierung, und wir werden das auch jetzt juristisch prüfen.

Inhaltlich lässt dieser Nachtragshaushalt allerhand vermischen. Wo geht es in den 147 Haushaltstiteln eigentlich um die Menschen in diesem Land? Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um Familien, um Schülerinnen und Schüler, um alte Menschen in Pflegeheimen, um Selbstständige, die um ihre Existenz fürchten müssen? Nötig wäre ein großer Wurf für die Arbeitsplatzsicherung, die Qualifizierung in der Kurzarbeit, eine Art Transformationskurzarbeitergeld. Nötig wären 1000 zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen, ein Landesnachhilfeprogramm, um die unzureichenden Lernbrücken zu ergänzen. Nötig ist zudem ein großes Programm zugunsten der Sozialwirtschaft sowie Hilfen für Kulturschaffende. Wir werden bei jedem einzelnen Punkt ganz genau prüfen, ob er wirklich etwas mit Corona zu tun hat oder nur die Bedürfnisse der Regierungsfaktionen erfüllt. Da draußen brennt es! Es wird Zeit zu löschen und nicht nur die Lieblingsblumen zu gießen!

Interviews mit den neuen Gemeinderäten Armin Schweigardt und Hans-Martin Elsasser



Armin Schweigardt



Hans-Martin Elsasser

Lieber Armin, lieber Hans-Martin,
Ihr seid nun schon seit Juli 2019 neu im Sontheimer Gemeinderat, und ich möchte Euch dazu gerne ein paar Fragen stellen.

Ist das Ehrenamt zeitaufwendiger und umfangreicher als Ihr es erwartet hattet?

Armin: Auf Grund vieler dringlicher Sitzungspunkte, allen voran die Sanierung unserer Schule, gab es in diesem Jahr einige Sondersitzungen. Dabei gingen die Sitzungen zum Teil bis zu 7 Stunden. Das ist nach einem Arbeitstag schon eine Herausforderung.

Hans-Martin: Definitiv, sowohl der zeitliche Aufwand als auch die Komplexität dieser Aufgabe nehmen mehr Raum ein als ursprünglich erwartet. Allerdings ist es mir eine Ehre und ein persönliches Bedürfnis, in diesem Kreis mitzuwirken.

Für wie wichtig haltet Ihr eine intensive, gute Gemeinderatsarbeit für Sontheim?

Armin: Sehr wichtig. Wir stellen im Gemeinderat die Weichen für die Zukunft unserer Gemeinde. Wir können mit unserer Arbeit wichtige Projekte anstoßen, die unsere Gemeinde attraktiver und lebenswerter machen. Angefangen von der Kinderbetreuung, wo wir mit dem von uns initiierten Naturkindergarten der wachsenden Nachfrage dieser Art der Betreuung gerecht werden, bis hin zur Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete.

Hans-Martin: Die Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger ist eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit.

Welche großen Zukunftsaufgaben stehen für Sontheim aus Eurer Sicht an?

Armin: Mit dem geplanten neuen Feuerwehrgerätehaus haben wir ein größeres Bauvorhaben vor uns, welches es zu bewältigen und zeitnah umzusetzen gilt. Auch wenn wir derzeit ein Gewerbegebiet in der Weiherbraike erschließen, müssen wir bereits jetzt vehement nach weiteren möglichen Flächen suchen. Die Sanierung des Ortsgebietes „Gruiben“ ist eine städtebaulich wichtige Maßnahme, um diesen Teil der Gemeinde aufzuwerten. Persönlich wünsche ich mir, speziell auch für unsere älteren Mitbürger, öffentliche Plätze der Begegnung und der Naherholung, wie man sie zum Beispiel in einem Brenzpark verwirklichen könnte.

Hans-Martin: Besonders durch die Folgen der Covid-19-Pandemie, in der wir mehr denn je auf eine leistungsfähige und zuverlässige Internetverbindung angewiesen sind, wird mir deutlich gemacht, dass der Breitbandausbau weiterverfolgt werden muss.

Welche großen Aufgaben stehen aus Eurer Sicht für die Gemeinde zukünftig an?

Armin: Meiner Meinung nach sollte die Planung und Durchführung des neuen Feuerwehrgerätehauses und die Planung zu den Sanierungen der Hermann-Eberhardt-Halle voranschreiten. Zudem wäre die Errichtung eines Waldkindergartens meiner Meinung nach super.

Hans-Martin: Es muss unbedingt was in der Kinderbetreuung und bei der Attraktivität unserer Gemeinde für die jungen Mitmenschen geschehen, soweit das in der (Mit-)Verantwortung der Gemeinde steht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Bereitstellen von Industrieflächen und Baugebieten. Interesse ist da. Hier wäre mehr vorausschauendes Handeln und zukunftsorientiertes Planen wünschenswert. Auch der zukünftige Breitbandausbau und der umstrittene Mobilfunkstandard 5G sind zu besprechen.

Ist unsere Gemeinde finanziell gesehen für die Zukunft gerüstet?

Armin: Auf Grund der Corona-Pandemie ist es hier momentan schwer, eine fundierte Aussage zu treffen. Die von unserem sehr kompetenten Kämmerer Schmid aufgestellten Haushaltspläne für die nächsten Jahre lassen uns aber positiv in die Zukunft blicken. Demnach könnten alle derzeit geplanten Projekte, das neue Feuerwehrgerätehaus mit geschätzten 5 Millionen Euro Baukosten eingeschlossen, realisiert werden.

Hans-Martin: Aufgrund des gut gelegenen Standorts, der guten gewerblichen Infrastruktur, der optimalen Verkehrsanbindung und der damit verbundenen Attraktivität sehe ich der finanziellen Lage sehr positiv entgegen.

Würdet Ihr für die nächste Wahlperiode wieder kandidieren?

Armin: Viele Projekte ziehen sich ja über eine Wahlperiode hinaus, und man muss sich auch in viele Themen einarbeiten. In 5 Jahren lässt sich zwar Einiges bewirken, aber ich habe noch Einiges auf der Liste, was ich gerne in die Fraktion und den Gemeinderat einbringen möchte. Daher von mir an dieser Stelle ein klares „Ja“.

Hans-Martin: Da mir das Wohl unserer Gemeinde sehr am Herzen liegt und ich mich hierfür gerne engagiere, werde ich mich selbstverständlich zur Wiederwahl aufstellen lassen.

Vielen Dank für Eure Antworten, Eure Arbeit und alles Gute für die Zukunft.

Bernhard Fischer

Von Margarete Mähler



Gedanken zum Jahresende

Neulich erzählte mir jemand von einer früheren Sonthemerin, die ihre Kinder ermutigt habe: „Seht das Gute!“ Ich denke, einen besseren Rat kann man Kindern gar nicht mitgeben. Nun ist es sicher nicht einfach, in dem zu Ende gehenden für uns alle schwierigen Jahr etwas Gutes zu entdecken. Dennoch will ich es versuchen.

Zum ersten bin ich sehr froh über unsere stabile Regierung, die sich immerhin ernsthaft bemühte, die Bedrohung durch das Virus in den Griff zu bekommen und damit auch lange Zeit gute Erfolge hatte. Aber solch eine Situation war noch nie da, und da bleiben auch Fehler nicht aus. Wer kann von sich sagen, er würde alles gleich richtig machen?

Dankbar sollten wir sein für ein gutes Gesundheitssystem und vor allem für die vielen Ärzte und das Pflegepersonal, die alle ihr Möglichstes taten und noch tun.

Viele positive Zeichen

Dann fand ich es schön, dass allerlei Hilfsprojekte privater Art funktionierten. Viele Leute halfen ihren alten, kranken oder einsamen Nachbarn mit Einkaufen, Fahrten zum Arzt oder indem sie einfach mal ein Stückchen Kuchen vorbeibrachten. Ich hörte von Großeltern, die sich freuten, dass die Enkelkinder plötzlich einmal Zeit hatten, um mit Oma und Opa ein Kartenspiel zu machen. Alte Freundschaften wurden per Telefon aufgefrischt. Man erlebte wieder, wie schön und wertvoll persönliche Kontakte sind, selbst wenn sie nur übers Telefon oder WhatsApp aufrechterhalten werden konnten. Selbst beim Spaziergang gab es einen freundlichen Austausch mit Menschen, die man kaum kannte.

Weiter dürfen wir sehr froh sein über den schönen Sommer, der nicht zu heiß war wie in den letzten Jahren, und wo man vieles draußen genießen konnte. Hoffentlich gelingt es uns, diese Wärme noch eine Weile in uns zu speichern.

Dann war es sicher auch ein Vorteil, dass Flug- und Autoreisen reduziert wurden, viele Leute haben unser schönes Land zum Urlaubmachen wiederentdeckt. Es fand eine gewisse Entschleunigung statt. Ich möchte aber nicht missverstanden werden: Die Menschen, die z.B. in der Reisebranche, in der Gastronomie oder im Einzelhandel um ihr Geschäft kämpfen müssen, haben mein volles Mitgefühl. Es ist mir durchaus bewusst, dass viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

Wenig Verständnis habe ich allerdings für Leute, die in der jetzigen Situation meinen, alles in Frage stellen zu müssen, alles besser wissen oder Verschwörungsmethoden in die Welt setzen. Weder unsere Regierung noch die Virologen haben diese Pandemie „erfunden“ oder profitieren in irgendeiner Weise davon. Wer das behauptet und nun zum „Sturm auf Berlin“ aufruft, handelt verantwortungslos und kocht sein eigenes egoistisches Süppchen. Lassen wir uns von diesen Leuten nichts einreden!

„Das Gute sehen“ – wie gesagt nicht einfach. Der SPD-Ortsverein wünscht Ihnen allen und unserer Gemeinde, dass uns positives Denken erhalten bleibt und wir trotz aller derzeitigen Widrigkeiten zuversichtlich ins Neue Jahr blicken können.



Der SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz bedankt sich für Ihre Unterstützung und wünscht Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit

und ein hoffnungsfrohes

Neues Jahr 2021

d's andre blättle

Spendenkonto: KSK Heidenheim
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Verantwortlich: Corina Koller
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim

Herstellung:
Layout: Günther Neumann
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.200

